

Das Wochenmagazin der

www.spoe.at



Aktuell

13. Februar 2009 - Nr. 1

Gastkommentar von
PÖRR-Chef Wolfgang Hesoun



Regierungsklausur in Sillian:

Arbeiten für Österreich



Einigung zu Kassenpaket und
Steuerreform



Infrastruktur und F&E sichern
Wirtschaftsstandort Österreich



Schicksalstage im
Februar 1934

Die Regierung hatte sich zwei Tage ins Osttiroler Sillian zurückgezogen – und ist mit reicher Ernte aus dieser Arbeitsklausur zurückgekommen. Kassensanierung und Steuerreform waren die Hauptthemen, und bei beiden konnte man auf einen grünen Zweig kommen. Einmal mehr haben Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Josef Pröll damit bewiesen, dass sie miteinander können – zum Wohle Österreichs.

Ein weiterer Schwerpunkt, dem wir uns in dieser Ausgabe widmen, ist das Thema Straße und Schiene sowie Forschung und Entwicklung. Bereiche, die von großer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Österreich sind. Und gerade in die Infrastruktur will die Bundesregierung in den nächsten Jahren massiv investieren, um den Jobmotor anzukurbeln.

Zum 75. Mal jähren sich die Schicksalstage rund um den 12. Februar 1934. Sozialdemokratische österreichische Arbeiter kämpften damals gegen den Faschismus. Ein wesentliches Element der Zuspitzung der Ereignisse hat aber auch mit den ungelösten sozialen Problemen in Folge der Wirtschaftskrise zu tun. Es gilt, die richtigen Lehren daraus zu ziehen.

Eure Redaktion

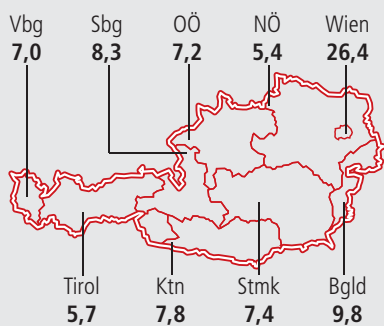
Highlights der Woche

Regierungsklausur in Sillian	4
Kassensanierung und Steuerreform	6
12. Februar 1934	7
Verkehrssicherheit: Interview mit Infrastrukturministerin Doris Bures...	9
Gastkommentar von PORR AG-Generaldirektor Wolfgang Hesoun	14

THEMEN DER WOCHE

Migranten-Anteil bei AHS Schülern

Schüler mit nicht-deutscher Muttersprache in % – 2007/08



Quelle: APA/STAT | Grafik: SPÖ

MigrantInnen-Anteil in Wiens AHS am höchsten

Im Durchschnitt ist in Österreich jeder achte AHS-Schüler Migrant. Der höchste Migranten-Anteil befindet sich dabei in Wien, die wenigsten Schüler mit nicht-deutscher Muttersprache sind in Niederösterreichs Gymnasien. In der Unterstufe ist der Migranten-Anteil im Allgemeinen höher als in der Oberstufe.

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:
Mehr privat, weniger Staat?

Lange Zeit war es in konservativen Kreisen angesagt, der Politik und somit der gesellschaftlichen Mitbestimmung mehr und mehr Verantwortung und Entscheidungen abzunehmen. Der Markt, so hieß es angesichts des scheinbaren Siegeszuges des Neoliberalismus, regle unser System effizienter, öffentliche Mitbestimmung wurde mit Bremsen gleichgesetzt.

Diskutiere auf www.mitreden.spoe.at über „Privat und Staat“.



Privat

Schulterschluss mit „A faire Milch“

Immer mehr Milchbauern kommen unter Druck, einige haben ihren landwirtschaftlichen Betrieb schon schließen müssen: Der Milchpreis ist zu niedrig. Deshalb versucht die IG Milch mit „A faire Milch“ Druck auf die Molkereien aufzubauen. SPÖ-Landwirtschaftssprecher Kurt Gassner unterstützt den Kampf der IG Milch für gerechte Milchpreise. Dies untermauerte Gassner auch im Rahmen einer Arbeitsaufaktveranstaltung der Landwirtschaftsfraktion im SPÖ-Parlamentsklub, zu der Gassner auch SPÖ-Bäuerinnen und Bauern geladen hatte.

Zitat der Woche

„Es ist für uns unverzichtbar, dass die Liquidität der Kassen erhalten bleibt, da muss sich jeder Patient auf uns verlassen können“,

stellte Bundeskanzler Werner Faymann im Rahmen der Regierungsklausur klar.

Weltweit noch immer 300.000 KindersoldatInnen

Laut ExpertInnenschätzungen gibt es noch immer 300.000 KindersoldatInnen in mindestens 24 Ländern, die als Kanonenfutter oder als Zwangsprostituierte missbraucht werden. SPÖ-Entwicklungssprecherin Petra Bayr erinnerte am internationalen Tag gegen KindersoldatInnen, dem 12. Februar, an fehlende Kontrollen des Waffenhandels und ein dementsprechendes umsetzbares Abkommen auf internationaler Ebene zum Schutz der Kinder.

Bilderbox



Zweites Beschäftigungspaket in Planung

Sozialminister Rudolf Hundstorfer plant für Sommer ein zweites Beschäftigungspaket. Damit will Hundstorfer Anreize zur Bildungskarenz setzen und den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit weiter fortsetzen. Angedacht wird, dass die Bildungskarenz mit einem Teilzeitmodell ausgestattet wird, um diese mit dem Beruf vereinbaren zu können. Derzeit

kann Bildungskarenz nur „Vollzeit“ zwischen drei Monaten und einem Jahr in Anspruch genommen werden. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit will der Sozialminister die überbetriebliche Lehrausbildung ausweiten. Von den derzeitigen 10.300 Lehrlingen soll im Herbst auf 12.000 und im Weiteren auf 15.000 aufgestockt werden.



STANDPUNKT

Die Lehren des 12. Februar 1934

75 Jahre ist es her, dass sich die Vertreter der beiden großen politischen Lager mit dem Gewehr in der Hand gegenüberstanden. Der 12. Februar 1934 war und ist ein identitätsstiftender Faktor für uns SozialdemokratInnen.



Die austrofaschistischen Machtansprüche und die politische Unfähigkeit die soziale Lage zu verbessern, führten schließlich zur Tragödie.

VGA

übergehender Anstieg der Arbeitslosigkeit droht. Im Gegensatz zu damals sind sich allerdings beide großen Parteien ihrer Verantwortung bewusst und arbeiten gemeinsam an der Verbesserung der Lebensbedingungen. Das hat nichts mit Kuschelkurs zu tun, sondern mit der Wahrung politischer Verantwortung. Eine politische Verantwortung, zu der sich auch der Koalitionspartner bekennt. Eine Prolongierung einer Blockadepolitik wäre in der aktuellen Situation katastrophal. Bundeskanzler Werner Faymann hat dies bereits früh erkannt. Nie war das Motto „Genug gestritten!“ aktueller als jetzt.

Wenn wir heute der Opfer des Bürgerkriegs gedenken, dann müssen wir uns auch vor Augen halten, welche Gründe damals für eine derartige Radikalisierung mitverantwortlich waren. Die Weltwirtschaftskrise hatte auch Österreich erreicht. Ein Heer von Arbeitslosen und Ausgesteuerten war die Folge. Die Armut entwickelte sich zur Massenarmut. Die Regierung Dollfuß zeigte keinerlei Interesse, der bedrückenden sozialen Situation entgegenzutreten. Im Gegenteil: Anstatt gemeinsam mit den anderen Parteien alles zu unternehmen, um der verzweifelten Lage der Menschen entschlossen zu begegnen, richtete sich Dollfuß's Hauptaugenmerk darauf, die Sozialdemokratie, als Vertreterin der Arbeiterschaft, ein

für allemal zu zerstören. Die Absolutheit der austrofaschistischen Machtansprüche, gepaart mit dem Unwillen und der Unfähigkeit eine Verbesserung der Situation der Menschen herbei zu führen, führte schließlich zur Tragödie.

„Eine Prolongierung einer Blockadepolitik wäre katastrophal. Nie war das Motto ‚Genug gestritten!‘ aktueller als jetzt.“

Auch heute sind wir mit den Folgen einer globalen Wirtschaftskrise konfrontiert. Der Konjunkturmotor stottert und ein vor-

Gewonnen hat 1934 niemand, auch nicht die Christlichsozialen, obgleich sie sich als Sieger sahen. Sieger der damaligen Eskalation waren einzig und allein die Nationalsozialisten. Auch heute haben wir es wieder mit Populisten zu tun, die einfache Lösungen für komplexe Problemfelder propagieren. Auch heute warten VertreterInnen des rechten Randes nur darauf, dass sich die wirtschaftliche Krise verschärft und sie mit den Ängsten der Menschen ihr schäbiges Spiel treiben können. Heute haben sie es allerdings mit einer SPÖ-geführten Regierung zu tun, die die richtigen Lehren aus der Geschichte zieht: Durch Investitionen in Bildung, durch die Stärkung der Kaufkraft und durch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. ♦

REGIERUNGSKLAUSUR

Ja, wir kön



In Osttirol trafen sich SPÖ und ÖVP zu ihrer ersten Regierungsklausur. Dabei wurden wichtige Beschlüsse für Österreich gefasst.

Es war ein weiter Weg von Wien in die Osttiroler Marktgemeinde Sillian. Doch der Weg hat sich gelohnt – für Österreich und seine Menschen. Denn am Ende der zweitägigen Arbeitssitzung hatten sich SPÖ und ÖVP u.a. auf eine große Steuerreform und auf die Sanierung der Krankenkassen geeinigt. Und das im „Geiste guter Zusammenarbeit“, wie Bundeskanzler Werner Faymann betonte.

Anfahrt mit dem Bus

Der erste Tag der Regierungsklausur hatte für die sozialdemokratischen Regie-

rungsmitglieder zeitig begonnen. Frühmorgens starteten Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Sozialminister Rudolf Hundstorfer und Staatssekretär Josef Ostermayer mit dem Regierungsbus in Richtung Sillian. Auch Verkehrsministerin Doris Bures und Bildungsministerin Claudia Schmied zeigten sich umweltbewusst: Sie reisten mit der Bahn zum Tagungsort. Schmied war es dann auch, die Montagnachmittag erste Ergebnisse der Arbeitsklausur präsentierte. So wird es engagierte Investitionen in die Schulinfrastruktur geben (insgesamt 1,7 Milliarden Euro) – allein heuer und im nächsten Jahr werden 600 Millionen Euro für Umbau und Sa-

nierungen fließen. Auf den Weg gebracht wurde auch die neue Lehrerbildung: Eine Expertenarbeitsgruppe wird hier Vorschläge erarbeiten. Neu geregelt werden soll auch das Dienst- und Besoldungsrecht für Lehrer (Stichwort attraktivere Einstiegsgehälter). In Planung ist weiters eine Frauenquote von 40 Prozent in allen Uni-Gremien.

Beste Stimmung auf 2.000 Meter Höhe

Auch das Abendprogramm war geprägt von bester Laune und guter Stimmung. So ging es nach einem Empfang durch Mu-

nen es!

Fotos: Hopi Media(7), APA (2), Reuters (1)



**Die Erfolge können sich sehen lassen:
Jedem Österreicher bleiben im Jahr
durch die Steuerreform
rund 500 Euro mehr im Börserl.**



**„Griß eich
in Sillian“:
So herzlich
wurden die
Regierungs-
mitglieder
vom Kinder-
prinzenpaar
und von
Schützen-
und Fahnen-
abordnungen
empfangen.**



**Das Arbeitstreffen fand in
besten Atmosphäre statt –
und war von guter
Zusammenarbeit zum Nutzen
von Österreich geprägt.**



sikkapellen, Schützen- und Fahnenabordnungen auf dem Sillianer Dorfplatz steil bergauf. Per Gondel fuhren die Regierungsmitglieder über traumhafte Tief-schneelandschaften zum 2.000 Meter hoch gelegenen Panorama-Restaurant Gadein auf dem Thurntaler – dem Hausberg der Sillianer. Dort wartete nicht nur das Abendessen auf die Regierungsmitglieder, sondern auch der Chef des Familienbetriebs Gadein, der mit den Worten „Es ist wunderbar, dass ihr alle da seid“ der sprichwörtlichen Osttiroler Herzlichkeit Ausdruck verlieh. Dann war das Kinder-Faschingsprinzenpaar an der Reihe, das den Regierungsmitgliedern das Obama'sche „Yes we can“ auf Tirolerisch mit auf den Weg gab: „Ihr kennt's es wohl a“, zeigten sich Prinz und Prinzessin davon überzeugt, dass es auch Bundeskanzler und Vizekanzler können.

Steuerentlastung und Kassenentschuldung

Das wurde auch gleich am nächsten Morgen eindrucksvoll bewiesen. So gab es ein grundsätzliches Bekenntnis zum Brenner-Basistunnel – bei dessen Finanzierung allerdings auch Italien, Deutschland und die Europäische Union mit im Boot sein müssen. Geeinigt hat man sich zudem auf beschleunigte Genehmigungsverfahren im Bereich der Wasserkraft – das ist für die Erreichung des Ziels bei erneuerbarer Energie von besonderer Bedeutung. Nach intensiven Gesprächen in bester Arbeitsatmosphäre einigten sich die Regierungspartner aber vor allem auf die große Steuerentlastung und die dringend notwendige Kassenentschuldung. Gesundheitsminister Alois Stöger meinte dazu: „Ich bin sehr zufrieden. Heute ist ein

guter Tag für die Gesundheit und die Versicherten. Es ist auch sichergestellt, dass es zu keinen neuen Selbstbehalten kommt.“ Und Bundeskanzler Werner Faymann hat nochmals bekräftigt, dass von der großen Steuerentlastung „alle Bevölkerungsgruppen, besonders die Mittelschicht, profitieren“.

Gute Arbeit für Österreich

Damit ist klar, dass die Regierungsklausur ihrem Motto „Arbeiten für Österreich“ mehr als gerecht geworden ist. Das bestätigen auch die Sillianer, die sich über das Arbeitstreffen der Regierung in ihrem wunderschönen Ort freuten. „Wenn wir fünf Minuten ins Fernsehen kommen, ist das sicher gut für den Tourismus“, erläuterte ein Sillianer ein weiteres positives Ergebnis der Regierungsklausur. ♦

STEUERREFORM

Ein guter Tag für die Arbeitnehmer

Die Regierungsklausur hat auch eine Einigung über die geplante Steuerreform gebracht. Das Steuerpaket kann somit zeitgerecht im Nationalrat beschlossen werden.



Rund vier Millionen Menschen bleibt durch die Steuerreform mehr Geld im Börsel. Das bringt mehr Kaufkraft und stärkt auch die Wirtschaft.

Die Steuerreform bringt in Summe Entlastungen von 3,2 Milliarden Euro und wird rückwirkend ab Jänner 2009 gelten. „Es werden rund vier Millionen Menschen in Österreich davon profitieren“, so der Bundeskanzler.

Im Detail sind 2,3 Milliarden Euro an Tarifentlastungen und rund 500 Millionen Euro für Familien vorgesehen. Damit sei es möglich, dass die Menschen „wie versprochen das Geld aus der Steuerentlastung im April bekommen – und das rückwirkend mit 1. Jänner“, zeigte sich der Bundeskanzler über die Einigung erfreut. Die Beschlüsse können somit zeitgerecht dem Parlament zugeleitet werden. Das sei umso wichtiger, weil damit deutlich wird, dass „wir das, was wir ansagen und versprechen, mit ganzer Kraft vorantreiben“, so Faymann, der auch in Erinnerung rief, dass bereits im letzten Jahr mit der Entlastung begonnen wurde – nämlich durch die Reduktion bzw. Streichung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge im Ausmaß von 300 Millionen Euro.

Weitere Punkte der Steuerreform: Für Unternehmen und Selbständige wird es einen Gewinnfreibetrag von 13 Prozent geben. Enthalten sind im Paket auch die Absetzbarkeit von Spenden, wobei der Absetzbetrag für die Kirchensteuer von 100 auf 200 Euro jährlich erhöht werden soll. Eine Begünstigung für Aktienoptionen von Managern (Stock Options) ist dagegen aus den ursprünglichen Plänen gestrichen worden. ♦

Steuerreform 2009 - Kosten für den Staat

Beschluss im April, rückwirkend per 1.1.2009, in Mio. Euro

Tarifreform	-2.300	
Familien mit Kindern	-510	
Unternehmer und Freiberufler	-300	150
davon gegenfinanziert über: Wegfall der Begünstigungen nicht entnommener Gewinne		
Spendenabsetzbarkeit	-100	
Höhere Kirchensteuerabsetzbarkeit	-30	
Besteuerung von Aktienoptionen für Manager	30	

Quelle: APA | Grafik: SPÖ

KRANKENKASSEN

Sicherung der Kassen fixiert

Die Regierung hat sich bei ihrer Klausur in Osttirol auf ein Paket zur Entschuldung der Krankenkassen geeinigt.



Die Sicherung der Krankenkassen darf keinesfalls zu Lasten des Niveaus der medizinischen Versorgung erfolgen.

Unsere Ziel war es, die Sicherung der Krankenkassen so zu garantieren, dass sie nicht auf dem Rücken der Patienten ausgetragen wird“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann. Deutlich machte er jedoch auch, dass es sich bei dem Maßnahmenpaket, auf das man sich geeinigt hat, nicht um eine langfristige Gesundheitsfinanzierung handelt. So etwas kann nicht in drei Monaten auf die Beine

gestellt werden. Dafür wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt; die Absicherung des Gesundheitssystems wird jedenfalls in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern erfolgen.

Einigung auf Überbrückungsfinanzierung und Fonds

Für die Krankenkassen wird es eine Überbrückungsfinanzierung zur Sicherstellung ihrer Liquidität geben. Außerdem soll ein Fonds eingerichtet werden, der mit 100 Millionen Euro pro Jahr dotiert wird. „Wir müssen für die Menschen in Österreich eine langfristige Sanierung des Gesundheitssystems sicherstellen“, betonte Faymann. Die Auszahlungen sollen daher daran geknüpft werden, dass Sparpotenziale im Gesundheitsbereich definiert und genutzt werden. Zusätzlich soll es ab 2010

Geld für die Krankenkassen Pläne der Regierung

2009	30-50 Mio. Euro
„Überbrückungshilfe“, wird bei Budgetverhandlungen fixiert	
ab 2010	100 Mio. Euro/Jahr
„Kassenstrukturfonds“, Auszahlung gebunden an Sparmaßnahmen	
2010-2012	150 Mio. Euro/Jahr
„Entschuldungsbeitrag“	

Quelle: APA | Grafik: SPÖ

drei Mal jeweils 150 Mio. Euro für die Kassen geben. ♦

12. FEBRUAR 1934

Der Kampf der Arbeiter gegen den Faschismus

Vor 75 Jahren, am 12. Februar 1934, traten sozialdemokratische österreichische Arbeiter – als erste in Europa – dem Faschismus mit der Waffe in der Hand entgegen.



VGA

desstrafe wieder eingeführt wurde. Anfang 1934 begannen Durchsuchungen sozialdemokratischer Parteiheime nach Waffen. Viele Funktionäre des Schutzbundes, auch dessen Stabschef Adolf Eifler, wurden verhaftet. In Linz war dem Schutzbundkommandanten Richard Bernaschek zur Kenntnis gelangt, dass eine Verhaftungswelle vorbereitet wurde. Er wandte sich an den Parteivorstand in Wien. In einem verschlüsselten Telefongespräch wurde ihm geantwortet: „Ärzte raten abwarten, vorläufig noch nichts unternehmen.“ Das

es zu den ersten Kampfhandlungen, als die Polizei in die Wohnhausanlage Sandeilen in Ottakring eindringen wollte. Das Rathaus wurde von Militär besetzt, Bürgermeister Karl Seitz abgeführt. In der ganzen Stadt begann eine große Verhaftungswelle. Nun flammten an vielen Orten Kämpfe auf. Sehr bald wurde Militär angefordert, weil Polizei und Heimwehr die Lage nicht in den Griff bekamen. In Ottakring wurde erstmals auch Artillerie eingesetzt. In Margareten und Meidling, in Simmering und Favoriten kam es zu heftigen Kämpfen. Vier Tage lang dauerte der Kampf um den Karl Marx-Hof in Heiligenstadt. Der Bau wurde mit Kanonen beschossen. Erst am Donnerstag hissten die Verteidiger die weiße Fahne. Und schließlich das andere Donauufer: „Der ganze Bezirk Floridsdorf glich einer Hölle“,

Den Februartagen 1934 voraus gegangen waren die permanenten Rechtsbrüche der Regierung Dollfuß im Jahr 1933, die Ausschaltung des Parlaments und die systematische Zerschlagung der Demokratie.

Im Februar 1934 wurde in vielen Gemeindebauten, wie hier beim Wiener Schlingerhof, gekämpft.

Von einer geteilten Schuld, wie sie von konservativer Seite gern behauptet wird, kann überhaupt keine Rede sein. Die Partei machte Fehler – aber die anderen haben die Demokratie wissentlich, bewusst und mit kühlem Zynismus beseitigt“, analysierte der damalige Bundeskanzler Bruno Kreisky die schicksalhaften Februartage 1934. Ihnen voraus gegangen waren die permanenten Rechtsbrüche der Regierung im Jahr 1933, als Kanzler Engelbert Dollfuß mit Notverordnungen regierte, den Zusammentritt des Parlaments mit Polizeigewalt verhinderte, den Republikanischen Schutzbund für aufgelöst erklärte, während die faschistische Heimwehr zu einer Hilfspolizei aufgewertet und ihre Führer in die Regierung aufgenommen, Anhaltelager errichtet und die To-

Schutzbündler empfangen die Eindringlinge mit Maschinengewehrfeuer. Auch an der Linzer Donaubrücke wurde gekämpft.

Nun wurde überall Militär eingesetzt. Widerstandsnester wurden mit Feuer aus Haubitzen belegt und standrechtliche Todesurteile vollstreckt.

Mit Kanonen gegen Arbeiterwohnungen

In Wien wurde um 11.47 Uhr in den Elektrizitätswerken auf Weisung der improvisierten Kampfleitung – Julius Deutsch und Otto Bauer – das Signal zum Generalstreik gegeben (der aber ausblieb). Daraufhin begannen schwerbewaffnete Polizeipatrouillen die Parteiheime in den Arbeiterbezirken zu durchsuchen. Um 13 Uhr kam

heißt es im Polizeibericht. Besonders heftig war der Kampf um die Hauptfeuerwache. Gegen den Schlingerhof und den Goeethhof in Kaisermühlen wurden Haubitzen eingesetzt; von vielen Wohnungen blieben nur Trümmer.

In Niederösterreich kam es vor allem in Sankt Pölten zu schweren Kämpfen um die Traisenbrücke und um das E-Werk. Ein Zentrum des Widerstandes war die Obersteiermark. Am 12. Februar war die Stadt Bruck an der Mur in der Hand der Aufständischen unter Führung des Nationalratsabgeordneten Koloman Wallisch. Er wurde schließlich gefangen genommen und hingerichtet.

Am 17. Februar prangte auf der ersten Seite der „Neuen Freien Presse“ die Schlagzeile „Volle Ruhe“. Es war nur die Ruhe vor den Stürmen, die kommen sollten, die Dollfuß verschlingen und die Welt in einen Abgrund mit Millionen und Abermillionen Toten stürzen sollten.

Manfred Scheuch

INFRASTRUKTUR

Werte für Gene

Mit umfassenden Investitionen in den Bereichen Verkehr, Innovation und Technologie stärkt die Regierung den Wirtschaftsstandort Österreich – und sorgt damit in wirtschaftlich schwierigen Zeiten direkt für Beschäftigung.



Mit Großprojekten wie dem Hauptbahnhof Wien wird in eine moderne Infrastruktur und in die Zukunft unseres Landes investiert.

ÖBB Bahn konkurrenzfähiger, das ist eine notwendige Bedingung für die weitere Verlagerung des Güterverkehrs auf die umweltfreundliche Schiene.

50.000 Arbeitsplätze werden gesichert

Insgesamt wurde in der 2. Republik noch nie so viel in die Infrastruktur investiert wie heute: In den Jahren 2008 bis 2013 werden rund 20 Milliarden Euro für die Modernisierung von Bahnstrecken, Bahnhöfen, Autobahnen und Schnellstraßen aufgewendet. Knapp eine Milliarde Euro davon sind Mittel aus dem Konjunkturpaket, die ab sofort und bis zum Jahr 2012 fließen. Diese zusätzlichen Mittel werden für Projekte eingesetzt, die besonders beschäftigungsintensiv und zugleich in betriebswirtschaftlicher und verkehrspolitischer Hinsicht effektiv sind. Die Infrastrukturoffensive (das sind die Projekte aus den Rahmenplänen von Bahn und ASFINAG und die zusätzlichen Projekte aus dem Konjunkturpaket für Schiene und Straße) beschäftigt jährlich im Durchschnitt 50.000 Menschen.

5.400 Arbeitsplätze davon entstehen

unmittelbar durch das Konjunkturpaket, mit dem baureife Projekte auf die Jahre 2009 bis 2012 vorgezogen werden.

Bahn wird zukunftsfit gemacht

Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere der Schiene, wird auch deswegen so forciert, weil hier wirklich Nachholbedarf besteht. Denn man muss bedenken, dass rund 70 Prozent der Trassierungen des heutigen Schienennetzes noch aus der Monarchie stammen. Bis 1995 wurde nicht wesentlich in neue Bahninfrastruktur investiert.

Das Infrastrukturministerium setzt unter der Führung von Ministerin Doris Bures in der aktuellen Wirtschaftskrise auf eine Doppelstrategie, damit Österreich die gute Position im Infrastrukturbereich nicht nur hält, sondern weiter ausbaut. Zum einen wird massiv in Wirtschaft und Beschäftigung investiert. Mit einer Vielzahl an Projekten wird in einer Phase, in der die Konjunktur stagniert, aktiv gegengesteuert und den Menschen damit Beschäftigung und Sicherheit gegeben. Zum anderen werden damit Werte für die Generationen geschaffen. Denn eine moderne Infrastruktur, also ein gut ausgebaut-

tes Schienen-, Straßen- und natürlich auch Telekommunikationsnetz, ist elementar wichtig für den Wirtschaftsstandort. Das sind buchstäblich Investitionen in die Zukunft. Es geht um modernste Technologien, die hier zum Einsatz kommen – unter anderem Hochleistungsstrecken für die Bahn; und damit sorgt man für eine moderne, zukunftsfähige Mobilität für die Bürgerinnen und Bürger und für neue Kapazitäten im Güterverkehr. Und im Hinblick auf den Umwelt- und Klimaschutz ist eine moderne Infrastruktur, insbesondere der Bahnausbau, ein zentrales Zukunftsthema: Mit neuen Strecken, Terminals und Tunneln wird die

rationen

Die Palette an Maßnahmen im Bereich Bahn reicht von funktionalen neuen Bahnhöfen über hochmoderne Railjets bis zu einem leistungsfähigen Schienennetz. Im Rahmenplan der ÖBB sind daher von 2008 bis 2013 mehr als 200 Projekte mit einem Investitionsvolumen von 10,7 Milliarden Euro vorgesehen. Dazu kommen in den Jahren 2009 bis 2012 700 Mio. Euro aus dem Konjunkturpaket. In den Bauprojekten des Rahmenplans sind jährlich im Durchschnitt 30.000 Arbeitnehmer beschäftigt, hinzu kommen mit dem Konjunkturpaket Schiene jährlich weitere 3.400 Beschäftigte.

Im ÖBB-Rahmenplan befinden sich Großprojekte wie der Lainzer Tunnel und die Neubaustrecke Wien-St.Pölten, der Hauptbahnhof Wien, der viergleisige Ausbau des Unterinntals sowie die Koralmbahn, der Semmeringbasistunnel, der Bahnhof St. Pölten und der Hauptbahnhof Salzburg. Insgesamt besteht das Schienennetz der ÖBB heute aus 5.700 Streckenkilometern. Mit den Projekten des Rahmenplans werden rund 360 Kilometer neu angelegt oder ausgebaut und beschleunigt; und im gesamten Bestandsnetz werden Strecken saniert.

Moderne und sichere Straßen

Neben der Bahn erfolgt in den kommenden fünf Jahren eine grundlegende Modernisierung des österreichischen Straßennetzes. Insgesamt sind derzeit in unserem Land 2104 Autobahn- und Schnellstraßenkilometer in Betrieb – in Bau oder Planung befinden sich 400 Kilometer. Die wichtigsten Neubauprojekte sind die S1, S10, S36, S37, A5 und A26. Mit diesen Projekten werden jährlich 13.500 Arbeitnehmer beschäftigt. Dazu kommen in den Jahren 2009 bis 2012 pro Jahr durchschnittlich 50 Mio. Euro aus dem Konjunkturpaket. Mit diesem werden vor allem solche Projekte berücksichtigt, die geplante Lücken schneller als bisher schließen (etwa der Abschnitt Schrick–Staatsgrenze der A5 Nordautobahn), und es werden Generalerneuerungen auf Teilstrecken der S33, A1, A4 und A12 vorgezogen. Die zusätzlichen Projekte des Konjunkturprogramms beschäftigen 2000 Arbeitnehmer jährlich. ♦

INTERVIEW

Größtmögliche Sicherheit für die Kleinsten

Das Thema Verkehrssicherheit ist Infrastrukturministerin Doris Bures ein ganz besonderes Anliegen. Im Interview mit „SPÖ Aktuell“ nimmt die Ministerin zu aktuellen Projekten Stellung.

Rigaud



Die Erwachsenen sollen darin unterstützt werden, ihren kleinen Passagieren die größtmögliche Sicherheit zu bieten.

**Bundesministerin
Doris Bures**

Die Broschüre ist zum Download auf der BMVIT-Homepage unter folgendem Link erhältlich:
www.bmvit.gv.at/service
Alle Infos dazu auch auf:
www.autokindersitz.at

SPÖ Aktuell: Frau Minister, Sie haben jetzt eine Initiative für mehr Kindersicherheit im Straßenverkehr gestartet. Was konkret planen Sie?

Doris Bures: Bessere Information über richtige Kindersicherung führt oft schon zu mehr Sensibilität und höherem Bewusstsein. Wir wollen daher mit Kindersicherungsseminaren der Zunahme der Anzahl ungesicherter oder mangelhaft gesicherter Kinder im Auto entgegenreten. Die Erwachsenen sollen darin unterstützt werden, ihren kleinen Passagieren die größtmögliche Sicherheit zu bieten. Künftig sollen, wenn Kinder nicht ausreichend gesichert sind, Kindersicherungsseminare verpflichtend absolviert werden.

Die fatalen Folgen von mangelhafter oder falscher Sicherung von Kindern im Auto werden von vielen AutofahrerInnen oft unter-

schätzt. Was wollen Sie dagegen tun?

Doris Bures: Das ist leider richtig. Wir wollen daher das Sicherheitsbewusstsein der Lenker noch besser fördern. Studien beweisen, dass jedes fünfte Kind nicht ausreichend gesichert ist. Die Zahlen zeigen also deutlich, dass mangelhafte Kindersicherung ein großes Problem darstellt.

Und wie wollen Sie Eltern informieren?

Doris Bures: Ein Info-Folder des Verkehrsministeriums zur richtigen Kindersicherung im PKW ist bereits erhältlich. Die Broschüre beantwortet alle Fragen rund um die Sicherheit von Kindern im Auto: von der richtigen Position des Kindersitzes, über die sichere Befestigung des Sitzes bis hin zu rechtlichen Fakten. Ich möchte diese Broschüre gerne auch der Baby-Erstausrüstung, die an frischgebackene Eltern in den Krankenhäusern verteilt wird, beilegen. ♦

FORSCHUNG

Forschung als Beschäftigungsmotor

Österreich hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt. Die Forschungsquote soll bis 2020 auf vier Prozent erhöht werden und man will unter die Top 3 der innovativsten Volkswirtschaften der EU.



Unternehmen, die in Forschung investieren, haben ein höheres Umsatzwachstum als jene, die das nicht tun.

Fotolia

Ausgaben, Patente und UniversitätsabsolventInnen. Österreich liegt in den Bereichen des geistigen Eigentums (Patente, Trademarks und Designs) sowie bei den F&E-Ausgaben der Unternehmen auf den vorderen Rängen.

BMVIT setzt auf Klimaschutz

Die Agenden für Forschung und Entwicklung sind geteilt: Während bei Wissenschaftsminister Hahn die Grundlagenforschung und damit verbunden die universitäre Forschung ressortiert, sind im Infrastrukturministerium jene Forschungsbereiche beheimatet, die eng mit der Wirtschaft verknüpft sind. Das BMVIT setzt mit seinen Förderungen vorrangig auf Projekte, die dazu beitragen, den Klimaschutz zu erhöhen. Im Rahmen des Kyoto-Protokolls hat sich Österreich verpflichtet, die Emissionen von schädigenden Treibhausgasen bis 2012 um 13 Prozent zu senken.

„Ich werde mich dafür einsetzen, dass es bei der Forschung kein stagnierendes, sondern ein steigendes Budget gibt.“

Verkehrsministerin Doris Bures

Forschung, neue Technologien und Innovation sind für den Wirtschaftsstandort Österreich essentiell. Zwei Drittel des BIP-Wachstums werden durch Forschung erreicht. Unternehmen, die in Forschung und Entwicklung (F&E) investieren, haben ein um ein Vielfaches größeres Beschäftigungswachstum und auch Umsatzwachstum, als jene Betriebe, die das nicht tun. Deshalb hat die Bundesregierung beschlossen, kräftig in F&E zu investieren. Ziel ist es, die Forschungsquote bis 2010 auf drei Prozent und bis 2020 auf vier Prozent des BIP zu erhöhen. Und man ist auf einem guten Weg, diese Werte zu erreichen: Immerhin wurde im Regierungsprogramm vereinbart, ab 2009 bis 2013 jeweils 50 Millionen Euro – zusätzlich zum Budgetpfad und zum Konjunkturpaket – für Forschung und Entwicklung zur Verfügung zu stellen. Diese Investitionen sind wichtig, denn die Fakten sprechen für sich: So bringt ein Euro an Fördergeldern

einem Unternehmen 26,10 Euro zusätzlichen Umsatz, 7.000 Arbeitsplätze wurden durch die FFG-Basisprogramme alleine im Jahr 2004 erhalten oder geschaffen. Gerade jetzt, wo die Wirtschaft schrumpft, ist F&E also eines der wichtigsten Instrumente gegen die Krise.

Österreich bei Forschung auf Platz sechs in Europa

Darüber hinaus will Österreich unter die Top 3 der innovativsten Volkswirtschaften der EU. Bereits jetzt liegt man im EU-Vergleich sehr gut. Das jüngst von der EU-Kommission veröffentlichte European Innovation Scoreboard (Europäischer Innovationsanzeiger) reiht Österreich auf Platz sechs der EU-27. Österreich ist somit nur mehr einen Platz von jenen Staaten entfernt, die als „Innovationsführer“ bezeichnet werden. Verglichen werden dort 29 Einzelindikatoren, wie beispielsweise F&E-

Das BMVIT unterstützt deshalb Programmlinien wie „Haus der Zukunft“ oder „Fabrik der Zukunft“. Erstere setzt auf wichtige Entwicklungen im Bereich des solaren und energieeffizienten Bauens und will durch Forschungsprojekte dazu beitragen, dass Modellbauten entstehen, die den höchsten Ansprüchen bezüglich Energieeffizienz, des Einsatzes von erneuerbaren Energieträgern und ökologischen Baustoffen genügen. Letztere hat als Ziel, in den nächsten fünf Jahren zu richtungsweisenden Pilotprojekten im Bereich nachhaltiger Technologieentwicklung zu kommen. Eine „Fabrik der Zukunft“ soll darauf ausgerichtet sein, mit einem Minimum an Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung ein Maximum an Nutzen zu erzeugen. ♦

Tagebuch

Von Deutschland nach Deutschland

Nach „Tagebuch der Schnecke“ und „Zunge zeigen“ gewährt Grass tief wie nie Einblicke in sein Leben und seine Arbeit.

20 Jahre nach dem Fall der Mauer veröffentlicht Günter Grass seine persönlichen Aufzeichnungen aus der Zeit der Wiedervereinigung. Das Tagebuch beginnt mit dem 1. Jänner 1990 und endet am 1. Februar 1991. Grass beschreibt in seinem Tagebuch zahlreiche Reisen quer durch Ostdeutschland, die Begleitung beim Staatsbesuch des Bundespräsidenten nach Polen, glückliche Momente mit den eigenen Kindern, sowie das Nachholen des 1968 geplatzten Treffens der Autorenvereinigung

Gruppe 47. Grass will sich als ein Sprachrohr der oft sprachlosen Ostdeutschen verstanden wissen. In seinem Tagebuch finden sich immer wieder Reisen in die ehemalige DDR, um etwa ausgeräumte Braunkohlereviere zu zeichnen, Lesungen zu geben und mit den Menschen zu sprechen, um zu erfahren, wie sie denken. Die „Berliner Literatur Kritik“ schreibt: „Das Tagebuch ist weit mehr als eine Chronik des deutschen Vereinigungsjahres, es porträtiert Grass selbst.“ ♦

Sachbuch

Der kleine Darwin

Fischer bietet eine kompakte Einführung in die Welt des wohl bedeutendsten Naturforschers der Neuzeit.

Was suchte Darwin auf den Galapagosinseln? Warum zögerte er so lange, seine Abstammungslehre zu veröffentlichen? Hat er tatsächlich das „Recht des Stärkeren“ proklamiert? Und warum provozieren Darwins Ideen bis heute? Fischer nimmt uns mit auf eine kurzweilige Reise durch Darwins Leben, Denken und Wirken. Er beschreibt, wie Darwin seine epochale Schrift „Über die Entstehung der Arten“ verfasste, warum die Evolutionstheorie so revolutionär war und welchen enormen Einfluss

Darwins Ideen immer noch ausüben. Knapp und anschaulich fasst das Buch zugleich alles zusammen, was man über die Evolution wissen muss: welche Ideen Darwins bis heute Bestand haben, wie sie sich im Zeichen der modernen Genetik weiterentwickelten und welche Fragen weiterhin offen sind. Ein ebenso aufschlussreiches wie unterhaltsames Kompendium der Evolutionstheorie und eine unverzichtbare Lektüre für jeden, der im Darwin-Jahr mitreden möchte. ♦

Sachbuch

Mit Gift und Genen

Spannende und erschütternde Ergebnisse über ein umstrittenes Unternehmen des modernen Industriezeitalters.

Der amerikanische Chemie- und Biotech-Konzern Monsanto hat sich zum weltweiten Marktführer bei genmanipuliertem Saatgut vorgekämpft. Schädlingsresistente Monsanto-Pflanzen werden jedoch vielerorts, auch bei uns, als gesundheitliche, biologische und wirtschaftliche Bedrohung angesehen. Andere Produkte des Konzerns sind nicht weniger umstritten: Mit sogenanntem Hybridsaatgut etwa, das nach der Ernte nicht wieder zur Aussaat verwendet werden kann, geraten Bauern nach Ansicht

vieler Beobachter in ruinöse Abhängigkeit. Der Multi ist berüchtigt für seine rücksichtslose Geschäftspolitik, die Einschüchterung von Kritikern und den Eingriff in demokratische Prozesse. Er betreibt aggressive Lobbyarbeit, auch in Deutschland. Marie-Monique Robin hat bei ihrer mehrjährigen Recherche Fakten zusammengetragen, die die Ziele von Monsanto darlegen – eines Konzerns, dessen erklärtes Ziel es ist, die Ernährung der ganzen Welt zu kontrollieren. ♦

☐ Stk.


Günter Grass:
Unterwegs von Deutschland nach Deutschland.
Steidl Verlag, Göttingen 2009;
256 Seiten, 20,60 €

☐ Stk.


Ernst Peter Fischer:
Der kleine Darwin.
Alles, was man über Evolution wissen sollte.
Panthleon Verlag, München
2009; 206 Seiten, 10,30 €

☐ Stk.


Marie-Monique Robin:
Mit Gift und Genen.
DVA Verlag,
Frankreich 2008;
462 Seiten, 20,60 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



SPÖ-VORFELDORGANISATIONEN

Kräuter setzt auf die Parteibasis



Fotos: Stohanzel

Lebhaftes Diskussion und Informationsaustausch in der SPÖ

Im Rahmen dieses „Come-together“ stellten die Organisationen ihre Projekte vor und präsentierten ihre Arbeit. Anliegen, Ideen und Perspektiven der Organisationsvertreter wurde damit breiter Raum gegeben. Dadurch entstand eine vielseitige und lebhaftes Diskussion über die Arbeit innerhalb der Partei, womit ein vielversprechender politischer Ansatz eingeleitet wurde. Kräuter zeigte sich erfreut über die Ergebnisse dieses Treffens und versicherte, dass dieses nicht das Letzte war. ♦

Mit regelmäßigen Treffen sollen die Synergien in der SPÖ optimal genutzt werden, so Kräuter.

Frischer Wind durch verstärkte Vernetzung innerhalb der SPÖ-Familie.

Ein aktueller Informationsaustausch war der Grund für ein Treffen von Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter mit 36 VertreterInnen aus 27 Vorfeldorganisationen der SPÖ. „Durch den verstärkten Basis-

bezug mit einer Programmdiskussion soll die SPÖ belebt werden“, skizziert Kräuter das Ziel seiner Arbeit mit den SPÖ-Organisationen. Aus der verstärkten Zusammenarbeit ziehe die Partei genauso ihre Vorteile, wie die einzelnen Organisationen, ist der Bundesgeschäftsführer überzeugt.



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter mit dem Bundesvorsitzenden des Arbeitersängerbundes Ewald Rammel und Jugendreferentin Gabi Rothbacher.

WIEN

Ein Herz für gesunde Ernährung



Gesundheitsminister Alois Stöger und Wiens Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely wollen zur gesunden Ernährung motivieren. Und das mit dem „Herz-Weckerl“, das vor kurzem gemeinsam präsentiert wurde. Dieses gesunde Weckerl wird künftig in ganz Österreich mit einem fettarmen Milchprodukt erhältlich sein und soll ein Ansporn sein, bei der Ernährung Selbstverantwortung zu übernehmen. ♦



APA

Gesundheitsminister Alois Stöger und die Wiener Gesundheitsministerin Sonja Wehsely bei der Präsentation des „Herz-Weckerls“.

VORARLBERG

Besucherrekord bei Kaffeekränzle der SPÖ-Frauen



„Das Kaffeekränzle erwies sich einmal mehr als wahrer Publikumsmagnet“, freute sich die Vorarlberger Landesfrauenvorsitzende LAbg. Olga Pircher über den Erfolg des Bludener-Kaffeekränzles. Über 150 Besucherinnen und Besucher, darunter zahlreiche Ehrengäste, wie unter anderem SPÖ-Landesgeschäftsführer Franz Lutz, Nationalratsabgeordneter Elmar Mayer und Landtagsabgeordnete Mirjam Jäger feierten



SPÖ Frauen Bludenz

mit den SPÖ-Frauen. Und schon nach kurzer Zeit und die ganze Nacht lang war die Tanzfläche gefüllt, wie aus dem Ländle berichtet wird. ♦

Beste Stimmung beim traditionellen Kaffeekränzle der Bludener SPÖ-Frauen.

SALZBURG

Voller Einsatz bis zum Wahlsonntag



Mit Gabi Burgstaller und der SPÖ können die SalzburgerInnen weiter in eine moderne und solidarische Zukunft gehen.

Gabi Burgstaller steht für Dynamik und Transparenz in der Politik, für Zusammenarbeit statt Streit, für unkomplizierte und schnelle Lösungen: bei Wirtschaftsfragen genauso wie im alltäglichen Leben der SalzburgerInnen.

Aktuelle Umfragen zur Landtagswahl zeigen, dass es einen Vorsprung der SPÖ gibt. Allerdings ist noch viel Bewegung in der Wählerschaft möglich. Für die SPÖ heißt das konkret: Die Wahl ist alles andere als gelaufen, es gibt noch viel zu tun bis zum Wahlsonntag am 1. März.

Die SPÖ hat ihre Initiativen für die nächsten Jahre vorgelegt. Im Zentrum steht weiter der Kampf um jeden Arbeitsplatz. Die Kinderbetreuung soll ausgebaut,

der Gratis-Kindergarten umgesetzt, die Gesundheitsvorsorge und die Spitzenmedizin sollen gestärkt werden. Die Bekämpfung von Kinderarmut soll in den Mittelpunkt gerückt werden. Und ein Bündel von wohl durchdachten Maßnahmen soll die Jugendkriminalität verringern.

Junge Rote: Salzburger Mädel statt Wiener Bursch

Hinter T-Shirts mit dem Aufdruck „Lieber Salzburger Mädel als Wiener Bursch“ steckt eine Hand voll Jugendlicher, die gegen freiheitliche Argumente in den Szenelokalen mobil macht. Sie unterstützen Gabi Burgstaller und versuchen klar zu



Die Jungen Roten unterstützen Gabi Burgstaller – und setzen ein Zeichen gegen HC Strache.

machen, dass der „Wiener Bursch“ HC Strache in Salzburg keinen Fuß auf den Boden bringen soll. Die Jungen Roten helfen mit, die Shirts unter die Leute zu bringen. Die Shirts werden zum Preis von 10 Euro im Internet vertrieben unter www.jungerote.info. ♦

SPÖ Salzburg

KÄRNTEN

Fairness auf allen Ebenen



Die SPÖ tritt mit ihrem Spitzenkandidaten Reinhart Rohr für Fairness in allen Bereichen ein. Dazu gehören gesicherte Pensionen und sorgenfreies

Altwerden, aber auch Einkommensgrenzen für Manager.

Für Reinhart Rohr ist klar, dass wir der älteren Generation, die unser Land nach dem Krieg wieder aufgebaut hat, viel zu verdanken haben. „Die Menschen haben sich ein sorgenfreies Älterwerden verdient.“ Rohr tritt daher für eine Pensionserhöhung nach dem Pensionistenpreisindex ein. Ebenso will die SPÖ alles unternehmen, damit Pflege legal, wohnortnah, leistbar und menschlich ist.

Einkommenslimit für Manager

Eine Limitierung der Bezüge von Managern von Banken, regt Rohr an: „Speku-

lantenn bekommen immer noch riesige Prämien, obwohl sie Steuergeld kassieren, und das versteht niemand.“ Rohr verweist in diesem Zusammenhang auf die Vorreiterrolle der SPÖ Kärnten, welche schon seit geraumer Zeit für eine Beschränkung der Gehälter von Managern landesnaher Betriebe und Gesellschaften eintritt.

Volle Unterstützung von Regierungsseite

Unterstützung erhalten die GenossInnen und ihr Spitzenkandidat aus den Reihen der SPÖ-Regierungsmitglieder. Neben Bundeskanzler Werner Faymann haben sich auch Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Bildungsministerin Claudia Schmied bei Betriebsbesuchen, in Gesprächen mit den Menschen und bei öffentlichen Veranstaltungen vorbildhaft um jede Wählerin und jeden Wähler für Reinhart Rohr bemüht.

Denn – so die Umfragen – es wird knapp. Und gerade in den letzten Tagen vor der Wahl heißt es: Rennen um jede Stimme. ♦



Bundeskanzler Werner Faymann und Spitzenkandidat Reinhart Rohr bei einer Wahlkampf-Veranstaltung in Kärnten.

Jantzen



Infrastruktur zählt. Mehr denn je.

Wolfgang Hesoun regt vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise staatliche Garantien für Unternehmensanleihen an.

„Wichtig ist nun von staatlicher Seite, die richtigen antizyklischen Schritte zu setzen. Das heißt, in wichtige Bereiche wie Infrastruktur sowie Forschung und Entwicklung zu investieren.“

Die globale Finanzkrise, ausgelöst durch Immobilienspekulationen und Bankencrashes, führte in den meisten Ländern des Euroraums zu einer konjunkturell rückläufigen Bewegung. Unklar ist, wie sich die internationale realwirtschaftliche Situation entwickeln wird. Warum? Wie lange der momentane wirtschaftliche Rückgang anhält, hängt nämlich stark davon ab, inwieweit es gelingt, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass der Wirtschaftskreislauf in Gang gehalten wird. Denn die Annahme, dass es sich um eine zeitlich absehbare und begrenzte Krise handelt, wird derzeit von den Fundamentaldaten nicht gestützt.

Zahlreiche Maßnahmen sind bereits gesetzt worden

Die im österreichischen Nationalrat rasch beschlossenen und äußerst wichtigen Konjunkturbelebungs Pakete werden für Impulse an die Realwirtschaft sorgen, nachdem bereits die Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzmarktstabilität greifen. Natürlich muss auch künftig abgesichert sein, dass weiteres Vertrauen geschaffen wird, damit wieder mehr Finanzierungen zur Verfügung stehen. Auch in den übrigen EU-Mitgliedsstaaten ist davon auszugehen, dass entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Diese sind von besonderer Wichtigkeit für die osteuropäischen Länder, da hier auch zukünftig die bedeutsamsten Wachstumspotenziale liegen.



Die Bauwirtschaft hat Sorge, dass sich die (Vor-)Finanzierung von Bauleistungen zum Flaschenhals der Baukonjunktur und Kostentreiber für Bauprojekte entwickelt.

Weitere Maßnahmen nötig, um Konjunktur anzukurbeln

Über diese bereits getroffenen Maßnahmen hinausgehend wäre es jedoch wünschenswert, wenn die öffentliche Hand ihre Haftungsgarantien nicht ausschließlich auf Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen beschränkt, sondern – unter gewissen Voraussetzungen – auch direkt der Realwirtschaft zuteil werden lässt. Denn gerade die Sorge der Bauwirtschaft, dass sich – trotz milliardenschwerer öffentlicher Bankenhilfe – die (Vor-)Finanzierung von Bauleistungen zum Flaschenhals der Baukonjunktur und Kostentreiber für Bauprojekte entwickelt, bleibt für uns ein großes Problem. Interessant wären in diesem Zusammenhang staatliche Garantien für Unternehmensanleihen. Denn trotz erstklassiger Bonität auf dem Kapitalmarkt können sich österreichische Industrieunternehmen nur schwer bzw. teuer refi-

nanzieren. Mithilfe einer staatlichen Garantie würden sich die Kosten zur Beschaffung von Kapital deutlich verringern. Auch weitere Maßnahmen zur Konkursvermeidung sowie zur Erleichterung im Arbeitsmarktbereich wären sinnvoll.

Wichtig ist nun von staatlicher Seite, die richtigen antizyklischen Schritte zu setzen. Diese bestehen insbesondere darin, in wichtige Bereiche, wie Infrastruktur sowie Forschung und Entwicklung zu investieren, um eine nachhaltig positive volkswirtschaftliche Entwicklung Österreichs sowie eine größtmögliche Absicherung der Arbeitsplätze auch für die Zukunft gewährleisten zu können. ♦

Wolfgang Hesoun 48, ist seit Mai 2007 Vorstandsvorsitzender der PORR AG und damit Generaldirektor eines der größten und traditionsreichsten Baukonzerne Österreichs.

TERMINKALENDER

17. Februar

Filmpräsentation



Die SPÖ-Frauen und die Wiener SPÖ-Frauen laden zur Filmpräsentation „90 Jahre Frauenwahlrecht sind nicht genug“. Der Eintritt ist frei, Anmeldung ist unbedingt unter frauen@spoe.at oder 0810 810 211 erforderlich.

Beginn: 18 Uhr

Filmcasino

Margaretenstraße 78
1050 Wien

22. Februar

Festmatinée zum 70. Geburtstag von Johanna Dohnal



Lehmann

Johanna Dohnal
Frauenministerin
a.D.

Johanna Dohnal, die erste SPÖ-Frauenministerin, feiert ihren 70. Geburtstag. Ein ausgezeichnete Anlass für die SPÖ Frauen und die Wiener SPÖ Frauen, die große Sozialdemokratin und Frauenpolitikerin zu würdigen.

Einlass: 10.30 Uhr

Beginn: 11 Uhr

Volkstheater

Neustiftgasse 1
1070 Wien

27. Februar

Diplomatie im Wandel

Zum Thema österreichische Außenpolitik zwischen gestern, heute und morgen diskutieren im Renner-Institut die SPÖ-Bereichssprecherin für EU und Außenpolitik, Elisabeth Grossmann, der ehemalige Außenminister Peter Jankowitsch, Botschafter i. R. Gerald Hinteregger und Eva Nowotny, Botschafterin i. R.

Beginn: 13 Uhr

Renner-Institut

Bruno-Kreisky-Saal
1120 Wien

2. März

Weibliche Genitalverstümmelung – Menschenrechtsverletzung oder kulturelle Tradition?

In dieser Kooperationsveranstaltung der Österreichischen Plattform gegen weibliche Genitalverstümmelung und dem Renner-Institut diskutieren die SPÖ-Bereichssprecherin für Umwelt und globale Entwicklung, Petra Bayr, die Autorin und Journalistin Corinna Milborn, der UN-Sonderberichterstatter über das Verbot von Folterhandlungen und Direktor des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Menschenrechte, Manfred Nowak und Mari Steindl, Sozialanthropologin und Geschäftsführerin des Interkulturellen Zentrums.

Beginn 18.30 Uhr

Renner-Institut

Europasaal
1120 Wien

7. März

Frauenfest

Die Wiener SPÖ-Frauen laden anlässlich des internationalen Frauentags zu einem großen Fest, das unter dem Motto „Wir machen Frauen stark“ stattfindet. Es werden Musik, Kunst und Unterhaltung geboten, unter anderem mit Kabarettistin Andrea Händler, Sängerin Madita und DJane Violetta Parisini. Darüber hinaus diskutieren Vizebürgermeisterin Renate Brauner, die Kandidatin zur AK-Wahl, Barbara Treiber und Michaela Kauer, Kandidatin zur EU-Wahl, über Themen wie Mitbestimmung, Partizipation und Mitgestaltung von Frauen.

Beginn: 16 Uhr

ega

Windmühlgasse 26
1060 Wien

8. März

Matinée zum Frauentag

„Jetzt nicht lockerlassen! – Fairness für Frauen“ – unter diesem Motto laden die SPÖ-Frauen Steiermark anlässlich des Frauentages am 8. März zu einer Matinée nach Sinabelkirchen. Auf dem Programm steht musikalische Unterhaltung mit der Mädchenband Bekstar. Die Kabarettistin Susanne Pöckacker gibt Amüsantes zum Besten und Landeshauptmann Franz Voves, Landesrätin Bettina Vollath und Frauenministerin

Gabriele Heinisch-Hosek diskutieren zum Frauentag, die Gesprächsleitung übernimmt die Dritte Landtagspräsidentin Barbara Gross. Der Eintritt beläuft sich auf 5 Euro, um Anmeldung wird unter ute.verbeni@spoe.at bis 2. März gebeten.

Beginn: 11 Uhr

Kulturhalle Sinabelkirchen

Sinabelkirchen

Bis 11. April

Republikausstellung

Im Jahr 2008 feierte die Republik Österreich ihren 90. Geburtstag. Aus diesem Anlass ist im Parlament seit 12. November 2008 eine große Ausstellung zu sehen, die noch bis 11. April 2009 andauert. Unter dem Titel „Republik.Ausstellung 1918/2008“ stehen nicht nur die historischen Wurzeln der Republik im Fokus, auch die weitere Entwicklung Österreichs bis heute – mit allen wesentlichen Kontinuitäten und Brüchen – wird umfassend beleuchtet. Geöffnet ist die Ausstellung von Montag bis Freitag zwischen 9 Uhr und 19 Uhr, sowie an Samstagen zwischen 9 Uhr und 17 Uhr. Mehrmals täglich werden öffentliche Führungen angeboten. Der Ticketpreis beträgt ohne Führung 2 Euro, mit Führung 4 Euro. Kinder und Jugendliche können die Ausstellung kostenlos besuchen. Achtung: An Sitzungstagen des Nationalrats und des Bundesrats, an Feiertagen sowie an Tagen mit großen parlamentarischen Veranstaltungen ist kein Besuch der Ausstellung möglich.

Öffnungszeiten: 9 bis 19 Uhr

Parlament

Dr. Karl Renner Ring 1-3
1010 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18
Chefin v. Dienst: Mag. Ute Pichler
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Daniela Fazekas, Alexander Lutz, Peter Slawik, Sabine Weinberger
Layout: Thomas Lehmann,
Coverfoto: Reuters, Bilderbox, ÖBB, VGA
Bildbearbeitung: Max Stohanzl,
Sekretariat: Michaela Pavelka,
Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH.,
1014 Wien, Löwelstraße 18
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at
Homepage: www.spoe.at

BESTELLEN SIE JETZT IHR JAHRESABO



**nur
21€**

Aktuelle Informationen Hintergrundberichte Analysen

Bestellen Sie Ihr Abo per Telefon unter 0810-810-211, über Internet: www.spoe.at
oder schreiben Sie uns: SPÖ Aktuell, Löwelstr. 18, 1014 Wien